

gangene Morde erhielten. So also lautet der gemeinsame Friedensplan von europäischer Presse, EU und NATO.

Dass eine Amnestie für völkische Terroristen zu weiteren Mordtaten ermuntern könnte (Anmerkung des Säckers: Diese Ausgabe erscheint in der neuen Zeichensetzung) scheint Westeuropa kalkuliert zu haben. Der Balkan wird komplett ethnisiert, später vielleicht der Rest Europas: Aus den UCK-Kämpfern sind neu motivierte Terroristen der Nachfolgeorganisation AKSh geworden. Mit der Abgabe von schrottreifen Waffen und dem Vergraben ihrer moderneren Ausrüstung haben sie de facto ohne Gegenleistung umfangreiche Zugeständnisse erhalten. Die Unter-

stützung der EU für den bewaffneten terroristischen Kampf ist ein Signal an alle gemäßigten albanischen SeparatistInnen, dass sich der Terrorismus letztlich schnell und umfassend auszahlt. Die Europäische Union fungiert im Kampf der albanischen Rebellen nicht als Friedensstifterin. Stattdessen gießt sie selbst Öl ins Feuer: »Besonders heftig wird geschossen, wenn ein EU-Vermittler in Anmarsch ist«, sagte ein Sprecher des mazedonischen Verteidigungsministeriums der SÄCHSISCHEN ZEITUNG (09.11.2001).

Direkt nach der Verfassungsänderung und einer Amnestie von hundert UCK-Terroristen durch den mazedonischen Präsidenten Boris Trajkovski gehen die

albanischen Rebellen also nicht in Rente, sondern rufen unter dem Briefkopf der AKSh in Schreiben an Nachrichtenagenturen »höchste Alarmbereitschaft« aus. Es werde ohne Warnung auf mazedonische Streitkräfte geschossen, die versuchten in vorwiegend von AlbanerInnen bewohnte Gebiete vorzudringen. Außerdem ruft die AKSh den »Krieg für die Befreiung aller albanischen Gebiete im ehemaligen Jugoslawien« aus. So wie es aussieht, werden ihre Verbündeten aus Brüssel und Berlin sie dabei weiter unterstützen: Mit einer »diplomatischen Offensive«, deren Wirkstoff-Formel aus Geld und der bald bereit stehenden Europa-Truppe unter deutscher Führung besteht.

EU-Wunschzettel: Luftkampfsysteme

Es weihnachtet sehr, und deswegen haben auch die EU-Militärs eine umfangreiche Wunschliste an den Kamin gehängt: Cruise Missiles, Präzisionsmunition und mobile Kommunikationseinheiten sollen das Fest versüßen und die »schnelle europäische Eingreiftruppe« in die Lage versetzen, bald schon kräftig zuschlagen zu können. Die Truppe hinkt zwar hinter den ambitionierten Zeitplänen des deutschen Kriegsministers Rudolf Scharping her, soll aber immerhin 60.000 SoldatInnen umfassen. Auf einer Konferenz in Brüssel haben Scharping und seine 14 Kollegen jetzt einen »Aktionsplan über die europäischen Militärfähigkeiten« (FR 19.11.2001) vorgelegt, damit die Truppe ab 2003 in weniger als 60 Tagen losmarschieren kann. Um noch existierende militärische Mängel zu beheben, unterschrieben am Rande der Konferenz Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Schweden ein Abkommen über die Entwicklung eines europäischen »Luftkampfsystems«. Ausgerechnet die führenden Rüstungskonzerne dieser Länder, darunter die DaimlerChrysler-Tochter EADS, sollen eine Studie darüber vorlegen, was das Militär bis 2020 auf diesem Gebiet braucht. 150 Millionen Euro wurden vorsorglich schon mal bereit gestellt. Vor allem an Transportkapazitäten und Aufklärungstechnik mangelt es also noch – wo/manpower ist hingegen reichlich vorhanden. Eine Reserve von 100.000 SoldatInnen, 400 Kampfflugzeugen und 100 Kriegs-

schiffen soll bereit stehen, Deutschland liegt dabei mit seiner freiwilligen Verpflichtung von 32.000 SoldatInnen für den gesamten Pool und 18.000 Krisenreaktionskräften (KRK) ganz vorne, gefolgt von jeweils ca. 12.000 Italienern, Briten und Franzosen. Außerdem hat Scharping noch 14 Luftgeschwader, 13 Kriegsschiffe sowie Satelliten-, Aufklärungs- und Überwachungssysteme abgestellt und den größten Auftrag für Transportflugzeuge vom Typ Airbus A400M zugesagt. Die Zeiten, in denen sich Deutschland lediglich mit sanitären Hilfstruppen am Krieg beteiligte, sind vorbei. Ab heute zieht Deutschland an der Spitze der EU in den Krieg.

Im paramilitärischen Bereich gesellt sich zu den KRK die Einrichtung einer 5000 Mann starken Polizeitruppe bis 2003, darunter mehr als 900 deutsche »Freunde und Helfer«.

Als Teil der EU-Politik des »zivilen Krisenmanagements und der Konfliktvermeidung« (PRESSEERKLÄRUNG DER BELGI-

SCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT 19.11.01) sollen diese Truppen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten in ihrer klassischen Rolle »Beratung und Hilfe beim Aufbau des Rechtsstaates« leisten. »Die Rechnung stimmt«, erklärte hierzu der belgische Innenminister Antoine Duquesne, sichtlich zufrieden darüber, zum Abschluss der belgischen Ratspräsidentschaft die Aufstellung, Befehlsgabe und Einsatzfähigkeit dieser Polizei-Truppe erreicht zu haben. Die Probleme des rechtlichen Rahmens, der Finanzierung und der politischen Entscheidungsfindung bei Operationen werden mit Sicherheit während der folgenden spanischen Ratspräsidentschaft gelöst werden. Schon jetzt ist man sich einig, dass diese Truppe UNO-Operationen unterstützen soll, jedoch auch »unabhängige Aktionen durchführen« kann, wie es in der offiziellen Erklärung der Minister heißt. Der grüne Traum vom »zivilen Krisenmanagement« nimmt hier seine konkrete polizeiliche Form an. Der tote Winkel zwischen ziviler und militärischer Außenpolitik wird geschlossen.

Militärische Strukturen der EU
<http://ue.eu.int/pesc/military/de/homede.htm>

Ilka Schröder zu »Militär & Krieg«
<http://www.ilka.org/themen/mk.html>

Termine

EU-Gipfel in Brüssel – das Demoprogramm:

☉ **13.12. 13:30 Uhr, Laeken bei Brüssel**
Demonstration der Gewerkschaften vom Place Bockstael zum Stadium Roi Baudouin

☉ **14.12., Laeken bei Brüssel**
»Une autre Europa dans un autre monde« / Internationale Demonstration (organisiert vom Bündnis linker Gruppen d14 u. div. NNROs)
11:00 Uhr Vom Petit Château (in der Avenue 9ième de Ligne) zum Grand

Château
15:00 Uhr Kundgebung auf dem Gelände »Tours et Taxis«
18:00 Uhr Konzert
www.d14.be & www.indymedia.be

Ausserdem:
☉ **11.12 – 14.11.2001, Aktionstage an der deutsch-belgischen Grenze in Aachen**
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rotes_buero/Gruppen/behaviornelni.htm

Überwachungs- terror

Ilka Schröder zu
»Privacy im Internet«
[http://www.ilka.org/
themen/infotech.html](http://www.ilka.org/themen/infotech.html)

Noch hat die Enfpol-Arbeitsgruppe des Brüsseler EU-Rates (siehe Denkpause 13) ihr Schlussdokument nicht vorgelegt. Dennoch will der Rat schon einmal die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Polizeien und Geheimdienste demnächst die Details sämtlicher Telefongespräche und Internet-Kommunikationen bequem aus riesigen Datenbanken abrufen können, noch Jahre nachdem die Kommunikation statt gefunden hat.

Dass ihre Überwachungsstaatlichen Allmachtsräume mit fast allen geltenden Datenschutzbestimmungen kollidieren, muss auch den Schlapphut-Strategen aufgefallen sein.

Doch kein Problem für die Regierenden: Da ändern sie eben einfach die Bestimmungen zum Schutz der BürgerInnen. Und damit es die Regierten nicht merken, werden die Änderungen in aller Heimlichkeit vorbereitet. So erfuhr die Öffentlichkeit nur durch eine Indiskretion von dem Entwurf des Rates für eine neue Richtlinie zum Datenschutz in der elektronischen Kommunikation: »Zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit – d.h. der Staatsicherheit, der Verteidigungsfähigkeit, zur Prävention, Untersuchung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten oder widerrechtlichem Gebrauch elektronischer Kommunikationsmittel«, so heißt es in dem Entwurf für die neue Vorschrift, sei es den EU-Mitgliedsstaaten »unter anderem gestattet, die Speicherung von Daten für einen begrenzten Zeitraum anzuordnen, wenn dies aus den oben genannten Gründen geboten scheint und in Übereinstimmung mit den übergeordneten Prinzipien des Gemeinschaftsrechts geschieht.«

Der schönen Worte entkleidet heißt dies: Die Staaten können anordnen, dass Kommunikationsdaten gespeichert werden – praktisch ohne jede Beschränkung. Der Datenschutz-Bericht, über den das Europäische Parlament am 13. November abgestimmt hat – genau eine Woche, bevor die Arbeitsgruppe Telekom des Rates ihr Papier verfasste – sagt ziemlich genau das Gegenteil: Dass die Eingriffe »angemessen, verhältnismäßig, zeitlich begrenzt und notwendig« sein müssten, dass sie »ganz und gar die Ausnahme darstellen, sich

auf eine allgemein verständliche spezifische Rechtsvorschrift stützen und von gerichtlichen oder anderen zuständigen Behörden von Fall zu Fall genehmigt sein« müssten, und dass insbesondere »jede Form einer groß angelegten allgemeinen oder sondierenden

Details sämtlicher Telefongespräche in riesigen Datenbanken

elektronischen Überwachung verboten« sei. Die Enfpol-Planungen, sämtliche Gesprächsdaten und -inhalte jahrelang zu speichern wären demnach illegal.

Schon im Mai wollte ich in einer dringenden schriftlichen Anfrage an den Rat wissen, wie er zu den - bis jetzt noch – illegalen Planungen der Enfpol-Gruppe steht. Anfragen dieser Art müssen nach drei Wochen beantwortet sein. Darauf gab es bisher keine Reaktion. Jetzt ist klar, warum der Rat ein halbes Jahr lang geschwiegen hat.

Auf einer Anhörung der Europäischen

Herzlich willkommen,

an die vielen neuen AbonnentInnen der »Denkpause«, die seit meinem Wechsel zur Fraktion »Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke« hinzugekommen sind: Ich hoffe, Ihnen gefällt dieses Infomagazin. Wer das Blatt noch nicht im Abo bekommt, kann es bei abodatei@ilka.org oder über die im Impressum genannten Kontaktmöglichkeiten kostenlos bestellen. Abbestellungen sind dort natürlich auch möglich.

Kommission rührten dann am 27. November die Vertreter der Polizeien noch einmal kräftig die Trommel für eine allgemeine Datenspeicherung. In einigen EU-Ländern können sie sich die Mühe mittlerweile sparen: Frankreich praktiziert bereits eine einjährige Speicherung, Großbritannien will demnächst eine entsprechendes Gesetz verabschieden, und auch in Deutschland gibt es bereits entsprechende Überlegungen. Der Vertreter des deutschen Justizministeriums bezeichnete während dieser Anhörung eine Speicherung für mindestens sechs Monate als notwendig.



Denkpause

07.01
10.12.01
Nr. 16

GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

EU gegen »illegale MigrantInnen« > S. 2 • Macht die EU Ökosteuern sozialer? > S. 3 • Völkischer Terrorismus ethnisiert Mazedonien > S. 4 • EU-Wunschzettel: Luftkampfsysteme > S.5 • Überwachungsterror > S.6 • Termine > S.6

Abschottung, Abschreckung und Abschiebung

EU gegen »illegale MigrantInnen«



Die hohen Preise von auf Grenzübertritte spezialisierten Unternehmen schrecken viele potenzielle KundInnen ab.

Nach ihren Vorschlägen zur legalen Immigration und zum Asylrecht hat die Europäische Kommission nun ihre Vorstellungen zum Umgang mit den illegalisierten EinwandererInnen bekannt gegeben. Mit einer Verelendungsstrategie soll verhindert werden, dass das Leben für Papierlose in Europa auch nur einen Deut erträglicher wird als in ihren Herkunftsländern. [\[mehr... Seite 2\]](#)

NATO, EU und albanische Nationalarmee Hand in Hand

Völkischer Terrorismus ethnisiert Mazedonien

[\[mehr... Seite 4\]](#)

EU-Wunschzettel: Luftkampfsysteme

[\[mehr... Seite 5\]](#)

Überwachungsterror

[\[mehr... Seite 6\]](#)



Lieber LeserIn,

der bevorstehende EU-Gipfel in Laeken bei Brüssel macht bisher

keine großen Schlagzeilen. Das mag zum einen an der durch den Afghanistan-Krieg gesunkenen Aufmerksamkeit für andere Themen liegen, zum anderen erscheint mir es aber auch beabsichtigt. Nach den Protesten von Göteborg und zum G8-Gipfel in Genua vermeiden die Regierungschefs eine allzu intensive Öffentlichkeitsarbeit für ihre Gipfel. Unbeobachtet bleiben bedeutet für die EU-Regierungen eben auch die Chance, ihre unsozialen Beschlüsse ohne größeren Widerspruch durchsetzen zu können. Mit dem Gipfel von Laeken wird die autoritäre Repression der Union nach innen und die ökonomische wie militärische Aggression nach außen weiter vorangetrieben. So verursacht das immer mehr unter deutscher Hegemonie stehende Europa selbst die Flüchtlinge, gegen die es sich weiter abschottet, die durch eine Verelendungsstrategie zum Aufgeben gezwungen werden sollen oder abgeschoben werden. Mit dem Aufbau der EU-Armee schafft sich dieses Europa ein Drohpotenzial, welches manche Erpressungen auf »zivile, diplomatische« Art möglich macht. Am Beispiel Mazedoniens lässt sich der Ablaufplan solcher Einflussnahme erkennen. Trotzdem wird nach der Bereitstellung der EU-Armee der politische Druck wachsen, diese auch kämpfen zu lassen. Eine Truppe, die nicht kämpft, trägt das vermiefte Image der deutschen Bundeswehr von vor 1990. Angreifende Armeen dagegen lassen die Kurse von Rüstungsaktien in die Höhe schnellen und schaffen neue Einflusssphären. Dagegen lohnt es sich zu protestieren. Zum Beispiel am 13.–15. Dezember in Brüssel.

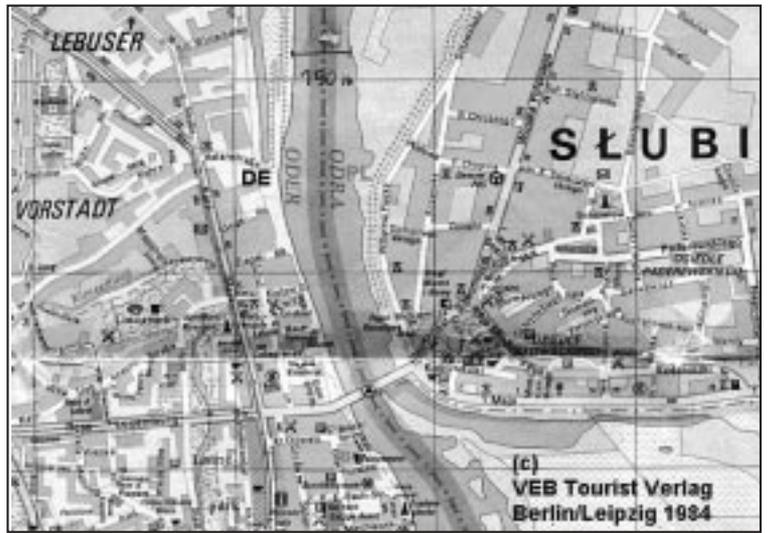
Ihre Ilka Schröder

Jörg Alt, Ralf Fodor: Rechtlos? Menschen ohne Papiere. Anregungen für eine Positionsbestimmung.
 Karlsruhe, von Loeper Literaturverlag 2001.
 223 S., 34 DM
http://www.vonloeper.de/Asyl_und_Menschenrechte_IllegalezpIllegalisierte.html

Selbst innerhalb der herrschenden Rechtsordnung der BRD — so lassen sich die Ergebnisse dieser Untersuchung zusammenfassen — gibt es Möglichkeiten, Illegale zu unterstützen. Im ersten Teil stellt Jörg Alt die Problemlage der Papierlosen dar. Das Ziel: Das Bewusstsein für die Problematik schärfen. Von der Art und Weise, wie Illegale in der BRD behandelt werden über konkrete Auswirkungen der ausländerfeindlichen Politik kommt Alt zu ethischen Fragen, aber auch zu Problemen Illegaler in Verhandlungen mit Ämtern.

Für alle, die ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland leben oder die mit solchen Personen zu tun haben und den Rechtsrahmen ausschöpfen wollen — sei es nur als Ärztin oder Verwaltungsangestellter oder Lehrerin —, ist der zweite Teil des Buches wertvoll: Ralf Fodor behandelt in seinem Rechtsgutachten juristische Probleme, die das Einklagen von vorantehaltenem Lohn, Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens und die Schulausbildung von Kindern betreffen. Wer Illegale in diesem Rahmen unterstützt, geht damit noch keinerlei rechtliches Risiko ein. Ob es nötig ist, darüber hinaus auch den Konflikt mit dem Gesetz zu riskieren, sollte nicht nur in einer juristischen, sondern vor allem in einer ethischen Abwägung entschieden werden.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung (KOM(2001)672 endgültig, 15.11.2001)
http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2001/com2001_0672de01.pdf



Abschottung, Abschreckung und Abschiebung

EU gegen »illegale MigrantInnen«

Nach ihren Vorschlägen zur legalen Immigration und zum Asylrecht hat die Europäische Kommission nun ihre Vorstellungen zum Umgang mit den illegalisierten EinwandererInnen bekannt gegeben. Mit einer Verelendungsstrategie soll verhindert werden, dass das Leben für Papierlose in Europa auch nur einen Deut erträglicher wird als in ihren Herkunftsländern.

In diesem Sinne schlägt ein soeben erarbeitetes Konzept der Europäischen Kommission ein neues Maßnahmenpaket zur »Bekämpfung der illegalen Migration« vor, das direkt aus der Feder der Herren Schill oder Schily geflossen sein könnte. Darin beschreibt die Kommission sechs Bereiche, in denen neue repressive Maßnahmen gegen Flüchtlinge ergriffen werden sollen: die Visumpolitik, der Informationsaustausch, die Grenzbeobachtung, die polizeiliche Zusammenarbeit, die Ausländergesetzgebung und die Abschiebepolitik. Dabei will sich die EU auf Maßnahmen stützen, die auf nationaler Ebene bereits bestehen, und beabsichtigt diese durch eine verbesserte Koordinierung um eine »europäische Dimension« zu ergänzen. Außerdem will die Kommission einige neue »innovative Konzepte« hinsichtlich der Bekämpfung der heimlichen Einwanderung einführen.

Langfristig plant die EU die Aufstellung einer europäischen Grenzpolizei, die nach außen die Grenzen von Schengen-Land bewachen soll. Ganz so, als ob die GrenzsoldatInnen des deutschen BGS bei der Abschottung nicht schon ganze Arbeit leisten würden, träumt EU-Kommissar Antonio Vito-

rino davon, seine EU-Grenzpolizei in der bereits existierenden Europäischen Polizeiakademie auszubilden und dann ins Feld zu schicken. Dabei stellte eine Studie des Flüchtlingshilfswerks UNHCR schon vor über einem Jahr fest, dass sich das Asylrecht in der EU praktisch nicht mehr in Anspruch nehmen lässt, weil AsylbewerberInnen zumindest auf legalem Wege gar nicht mehr in die EU gelangen, um dort überhaupt einen Antrag stellen zu können.

Wer nun jedoch glaubt, es sei daher besser ein Visum zu beantragen, bevor er oder sie sich nach Europa aufmacht, sieht sich getäuscht: Denn eine Datenbank zur Visuskontrolle, mit der der Informationsaustausch und die Identifikation von Visa der verschiedenen Staaten möglich wird, ist ebenfalls in Planung. Die Machbarkeitsstudie zu diesem ganzen Paket soll auch noch ausgerechnet von Italien erstellt werden, also jenem Land, in dem bereits darüber diskutiert wurde, ob herannahende Flüchtlingsboote beschossen werden dürfen oder nicht.

Eine beliebte rhetorische Figur war in diesem Zusammenhang bisher das Bedauern des schweren Schicksals der

MigrantInnen unter direkter Bezugnahme auf die in schändlicher Weise geschäftstüchtigen FluchthelferInnen. Diese Argumentationsfigur gehört jedoch nunmehr wohl der Vergangenheit an. Jetzt sollen gleich die EinwandererInnen selbst gnadenlos bekämpft werden, egal wie sie in die EU kommen: »Da gibt es zum einen Menschen, die illegal in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates

einreisen. Dies kann entweder vermittelt eines illegalen Grenzübertritts erfolgen oder an einer Grenzkontrollstelle mit ge- oder verfälschten Papieren. Oft erfolgt diese illegale Einreise allein und ohne fremde Hilfe.« Eine im Umkehrschluss möglicherweise höhere Akzeptanz und Anerkennung der SchleuserInnen als humanitäre Organisationen ist damit bisher allerdings noch nicht verbunden.

Vielmehr arbeitet sich die EU auch weiterhin an jener Branche ab, deren einzige Geschäftsgrundlage eben die abschottenden Grenzregime der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind: »In zunehmendem Maße wird sie jedoch von Schleusern organisiert, die – angefangen bei den Herkunftsländern über die Transitländer bis zu den Zielländern – Transport, zeitweilige Unterkunft, Reisedokumente, Informationen, Sicherungs- und andere unterstützende Dienste übernehmen.« Doch nicht nur die

»Asylrecht in der EU praktisch nicht mehr in Anspruch zu nehmen«

Tätigkeit der SchleuserInnen erregt den Widerspruch der EU, sondern in scheinbarem Mitleid auch ihre Hochpreispolitik. Seltsam, müssten sich die InnenpolitikerInnen der EU doch eigentlich über Preise freuen, die sich bald gar kein Mensch mehr leisten kann.

Und tatsächlich wird die Preissteigerung für »border crossing services« auch direkt von den sich abschottenden Staaten verursacht. Wo die Leistungen wegen hoher Hürden immer anspruchsvoller werden, da steigen auch die Preise. Die Kommission erkennt: »Die Preise für diese Schleuserdienste sind sehr hoch, und die meisten illegalen Einwanderer müssen dafür ihre kompletten Ersparnisse oder zumindest den Großteil davon hergeben.«

Die einzig konsequente Maßnahme gegen diesen Missstand wäre: Grenzen auf für alle – auch wenn es Arbeitsplätze bei den GrenzsoldatInnen und FluchthelferInnen kostet. Denn selbst eine finanzielle Förderung für Schleuser-Banden (siehe DENKPAUSE 6, 7, 8, 11, 14) würde das Übel der Grenzabschottung zugegebenermaßen nicht an der Wurzel packen.

Wenn es den MigrantInnen in der EU ökonomisch, menschenrechtlich oder sonst irgendwie besser gehen würde als in ihren Herkunftsländern, so sei dies als gefährlicher »Pull-Faktor« zu sehen, der weitere Immigration nach sich ziehen könnte. Ziel europäischer Politik soll es dementsprechend sein, EinwanderInnen möglichst schnell und umfassend in die Verelendung zu treiben. Als wichtigsten »Pull-Faktor« hat die Kommission dabei den Zugang zu papierloser »illegaler« Beschäftigung identifiziert. Die ganze Kommissionsmitteilung durchzieht das Bild von ekligen, unerwünschten und schädlichen EinwandererInnen, die möglichst effektiv vom »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« der EU abgehalten werden sollen. Wie ansonsten nur bei den SchleuserInnen wird auch hier scheinheilig von »ökonomischer Ausbeutung« geschrieben.

Damit werden aber keineswegs die eigenen flüchtlingsfeindlichen Maßnahmen beschrieben, die ihren Abschreckungszweck erfüllen, wenn es ihretwegen den Flüchtlingen schlecht geht. Kritisiert wird vielmehr die Tatsache, dass papierlose MigrantInnen ausbeuterisch und außerhalb der Sozialversicherungspflicht beschäftigt werden. Dieses Problem aber wird direkt und allein verursacht vom staatlich aus-

gesprochenen Verbot, in der EU auch nur zu existieren. Zwar handeln UnternehmerInnen im kapitalistischen System selten aus Menschenliebe. Doch selbst aus Gründen der Solidarität wäre es kaum möglich, illegale papierlose MigrantInnen anzustellen. Zudem müsste eine möglichst ausbeuterische Beschäftigung von Illegalen eigentlich durchaus im Sinne der Kommission sein – schließlich schreckt deren Existenz vom gelobten Europa ab.

Bei aller Kritik an der realen Umsetzung in einzelnen EU-Staaten in der Vergangenheit könnten hier Legalisierungsmaßnahmen für papierlose MigrantInnen einen Ausweg bieten. Aber auch dem schiebt die EU-Kommission einen Riegel vor: »Gleichwohl kann die Öffnung bzw. die Wiedereröffnung legaler Kanäle für die Einwanderung nicht als Allheilmittel gegen die illegale Einwanderung angesehen werden.« Die Aussicht eine spätere Legalisierung wird wiederum als »Pull-Faktor« verdammt.

Wenn Abschreckungs-, Abschottungs- und Verelendungsstrategie scheitern sollten, bleibt dann als ultima ratio nur noch die zwangsweise Entfernung von MigrantInnen aus der EU. Selbstredend kümmert sich die EU bereits auch hierum intensiv. Ein Grünbuch soll dem-

nächst erste politische Konzepte zu einer gemeinsamen Abschiebepaxis vorstellen. Dabei ist zu befürchten, dass weitere Abkommen mit »Rücknahmestaaten« abgeschlossen werden sollen.

Die Herkunftsstaaten werden durch Prämien für jeden zurückgenommenen Staatsangehörigen oder andere Vergünstigungen dafür belohnt, dass sie politische, ökonomische oder andere Fluchtgründe mit zu verantworten haben. Für schlaue Regierungen der Herkunftsstaaten könnte dies also ein Anreiz sein, die politische Repression weiter zu verstärken. Die deutsche Asyl- und Migrationspolitik – aufgrund derer Flüchtlinge an den abgeschotteten Grenzen regelmäßig ums Leben kommen – findet mit dem Kommissionspapier auf europäischer Ebene ihre Entsprechung. Getreu Schilys Zuwanderungsgesetz trennt auch die EU EinwandererInnen in »gutes« wirtschaftlich verwertbares Humankapital, für das schicke neue Visa und sicher bald auch Green Cards bereitgehalten werden, und »böse« illegale Migration, die »Quelle menschlicher Tragödien und ein gefundenes Fressen für die internationale Kriminalität« (EU-Kommissar Vitorino) sei.

Das Prinzip der Verwertbarkeit menschlichen Lebens wird zum Exportschlager des rot-grün regierten Deutschland: Jetzt soll es EU-weit durchgesetzt werden.

Trennung zwischen »gutem« wirtschaftlich verwertbarem Humankapital und »böser« illegaler Migration

Preissteigerung für »border crossing services«

Macht die EU Ökosteuern sozialer?

Ausgerechnet der neoliberale EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti hat es in der Hand, die deutsche Ökosteuer und damit die Industriesubventionierung durch private EnergieverbraucherInnen zu stoppen. Die Ökosteuer-einnahmen werden in Deutschland zur Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge verwendet. Weil ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen jeweils fünfzig Prozent dieser Beiträge übernehmen, sparen beide die Hälfte. Bei der Belastung durch die Ökosteuer sieht es anders aus. PrivatverbraucherInnen zahlen die volle Ökosteuer, industrielle Vielverbraucher hingegen bekommen großzügige Rabatte auf die Abgabe. Gerade diese Verschwender müssten zum Sparen angehalten wer-

den. Die Sozialbeitragsermäßigung entlastet aber ohne »Rabatt« die Industriekassen – ein Milliardengeschäft für die deutsche Wirtschaft. JedeR PrivatverbraucherIn sponsort mit seinen/ihren Ökosteuerzahlungen die energieintensive Industrie. Diese Umverteilungswirkung der Ökosteuer war den Umweltverbänden und der rot-grünen deutschen Bundesregierung bisher recht. Die EU-Kommission beschäftigte sich zwar schon früher damit, hatte aber eine Ausnahmegenehmigung für die unsoziale und ökologische deutsche Energiesteuer bis März 2002 beschlossen. Ob Monti sich jetzt durchsetzen wird, war bei Redaktionsschluss dieser Denkpause noch nicht absehbar.

Europäische Kommission – Generaldirektion Justiz und Inneres
http://europa.eu.int/com/m/dgs/justice_home/ind_ex_de.htm

European Council on Refugees and Exiles
<http://www.ecre.org/>

Deportation Class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen
<http://www.deportation-alliance.com>

Kein Mensch ist illegal
<http://www.contrast.org/borders/kein/>

...aktuellere Seite der Filiale in Köln
<http://www.kmiikoeln.de>

Antirassismus bei Indymedia
<http://de.indymedia.org/antirassismus.html>

Europäisches Netzwerk NoBorder
<http://www.noborder.org>

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
<http://www.ffm-berlin.de>

Pro Asyl
<http://www.proasyl.de/>

Sans Papiers Frankreich
<http://atlas.bok.net/pajal>

Without papers in Europe
<http://www.noborder.org/without/index.html>

Ilka Schröder zu »Festung Europa«
<http://www.ilka.org/themen/fe.html>

Nicholas Busch: Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?, Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Migrations- und Asylpolitik in der EU
(Gutachten im Auftrag der PDS-Delegation in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, GUE/NGL), Brüssel 2001, 74 Seiten
http://www.pds-europa.de/materialien/mat_busch.pdf

Völkischer Terrorismus ethnisiert Mazedonien

Mit dem Angriff auf Jugoslawien an der Seite der UCK hat die Europäische Union im Jahr 1999 überzeugend bewiesen, dass sie eine Ethnisierung des Balkans anstrebt. Jeder souveräne Staat auf dem Balkan muss heute damit rechnen ebenfalls Ziel einer solchen Attacke zu werden. In Mazedonien gewann die NATO-Bodentruppe UCK allerdings auch ohne die Tornados des großen Verbündeten. EU und NATO mussten nur noch »diplomatisch« nachbessern.

Nach historischen Abstimmungen erheben sich Abgeordnete üblicherweise von ihren Sitzen und feiern sich mit tosendem Applaus. In der Sornanie, dem Parlament Mazedoniens, blieb es nach der von NATO und EU geforderten Änderung der Verfassungspräambel über die Zusammensetzung des Staatsvolkes auffällig ruhig. Abstimmung und Inkraftsetzung fanden absichtlich mitten in der Nacht statt um den erwarteten Protesten vor dem Parlamentsgebäude zu entgehen. Jubel dagegen vernahm man in Brüssel. Der EU-Beauftragte für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana meinte, es sei »für Frieden, Versöhnung und die Ablehnung von Gewalt« votiert worden. Mazedonien habe damit »seinen Platz in der europäischen Familie gefestigt«. Noch wenige Tage zuvor hatte Javier Solana mit Gewalt gedroht bzw. »vor einem Wiederaufflammen der Kämpfe gewarnt« (FAZ), sollten die Terroristen von der UCK nicht, wie im so genannten Ohrider Friedensabkommen zugesagt, amnestiert werden.

Viele Abgeordnete haben die Verfassungsänderung bis kurz vor der entscheidenden Abstimmung als »Kapitulation vor dem Terrorismus« abgelehnt. Das mazedonische Staatsoberhaupt, Präsident Boris Trajkovski, hatte die Forderung der AlbanerInnen als zweites Staatsvolk in die Verfassung aufgenommen zu werden noch im April abgelehnt. »Wir sind keine Stämme, wir müssen ein klares Konzept für die Bürgergesellschaft entwickeln. Wir wollen Rechte für Bürger, nicht für ethnische Gruppen.« (KONKRET 7/2001)

Nun ist alles anders. Der albanisch-separatistische Terror hat sich also wieder einmal gelohnt, die Ethnisierung des Balkans ist mit der Verfassungsänderung ein Stück weiter voran getrieben worden. Auf ethnische Separation gerichtete Gewalt dürfte sich auch weiterhin auszahlen, da NATO und EU

auch nach der Umsetzung aller Zugeständnisse von mazedonischer Seite nicht bereit zu sein scheinen, endlich den völkischen albanischen Terrorismus als wirkliches Problem zu betrachten.

Die offiziell entwaffnete UCK hat sich unterdessen in eine Albanische Nationalarmee (AKSh) verwandelt. Sie wird zwar von der NATO als virtuelle »Internet-Truppe« verharmlost (SÄCHSISCHE ZEITUNG 14.11.2001), doch ihre Blutspur ist bereits sehr real. So sagte der

Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit, Otfried Nassauer, der FRANKFURTER RUNDSCHAU (15.11.2001), die Freischärler könnten binnen Tagen oder Stunden ihre in den Kosovo geschafften Waffenarsenale zurückholen, wenn sie es für nötig hielten. Nach Angaben der mazedonischen Regierung tun die Rebellen dies schon längst. Sie stellen in den Ortschaften Cegrane, Furino, Celopek, Miljno im nordwestlichen Krisengebiet bereits neue Einheiten auf und schmuggeln beträchtliche Mengen Waffen, Munition und Ausrüstung aus dem Kosovo nach Mazedonien (NEUES DEUTSCHLAND 07.11.2001). Für die Rebellen ist es dabei sehr günstig, dass die EU eigentlich jede völkische Terrorbande als legitime Kombattantin mit berechtigten Interessen begreift. Dabei ist das Ziel der Terroristen keineswegs die Durchsetzung von Menschenrechten, die sie bereits seit Langem genießen, sondern vielmehr die weitere Ethnisierung der Gebiete und letztendlich die Abspaltung des Kosovos und der mazedonischen Gebiete von der Bundesrepublik Mazedonien. Der Westen regt sich derweil nicht primär über die albanischen Terrorattacken auf sondern darüber, dass Mazedonien angesichts des Terrors »immer neue Fahndungslisten veröffent-

licht« (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG 03.11.2001). Schließlich wirke sich das Fehlen einer Amnestie negativ auf die Sicherheitslage in den Krisengebieten aus, so die NZZ weiter.

Die Schuld an den Kämpfen trägt nach deutscher und europäischer Interpretation folgerichtig nicht die albanisch-völkische Guerilla, sondern die mazedonische Polizei, die es in geradezu unverschämter Weise wagt, in ihrem souveränen Staat gegen Mord und Totschlag zu ermitteln: »Die Kämpfe im Gebiet westlich von Tetovo wurden durch eine Aktion des Innenministers Ljube Boskovski ausgelöst. Dieser ließ am Wochenende die Polizei ohne internationale Beobachter zur Ausgrabung

eines angeblichen Massengrabes entführter Mazedonier in ein von AlbanerInnen bewohntes Gebiet einrücken, das vor dem Waffenstillstand von

albanischen Freischärlern der so genannten Nationalen Befreiungsarmee (UCK) gehalten wurde«, berichtet Bernhard Küppers (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 13.11.2001). Auch in der Schweiz wünscht man sich ein solches sozialpädagogisches Anti-Frust Programm der akzeptierenden Terroristenarbeit mit brandschatzenden Albaner-Rebellen: »Die fehlende Amnestie wirkt sich negativ auf die Sicherheitslage in den Krisengebieten aus. Zwar patrouillieren ethnisch gemischte, leicht bewaffnete Polizeipatrouillen in einigen der vormals besetzten Dörfer, sie ziehen sich aber bei Anbruch der Dunkelheit zurück und markieren so nur symbolisch das staatliche Gewaltmonopol. In der Nacht herrscht die 'Ex-UCK'. Kein Wunder trauen sich die Mazedonier unter den 50.000 Vertriebenen nicht in ihre Häuser zurück, von denen letzte Woche wiederum Dutzende geplündert oder abgebrannt wurden – wahrscheinlich von frustrierten UCK-Kämpfern.« (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG 03.11.2001). Arme frustrierte UCK-Kämpfer würden sich von einem Tag auf den anderen zur Ruhe setzen wenn sie nur endlich eine Anerkennung ihrer Ethnie als staatstragendes Volk und eine Amnestie für ver-

GASP-Seite (Solana)
<http://ue.eu.int/pesc/home.asp?lang=de>

Europäische Kommission: Außen- und Sicherheitspolitik
http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/cfsp/intro/index.htm

Ilka Schröder zu »Militär & Krieg«
<http://www.ilka.org/themen/mk.html>

Ein immer noch aktueller und aufschlussreicher Artikel:

Jürgen Elsässer: *Europa der Stämme. Probelauf in Mazedonien: Der Schröder-Plan zur EU-Reform wird zur Balkanisierung des ganzen Kontinents führen.* In: Konkret 07/2001. In jeder guten Bibliothek oder für 10-Mark-/5-Euroschein an: Konkret, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg